

Titel

7. Oktober 2023 | Seite 1

🕒 3 min.

„Wir können nicht mehr“

Drei Hamburger Senatoren fordern Einwanderungsbremse. Es drohe eine nationale Notlage. Stadt kauft wieder Zelte

Insa Gall und Matthias Iken

Hamburg Die weiter steigenden Zuzugszahlen nach Deutschland alarmieren die Hamburger Politik. In seltener Offenheit fordern gleich drei Senatoren im großen Interview mit dem Abendblatt eine schnelle Kurskorrektur und eine nachhaltige Begrenzung des Flüchtlingszustroms.

„Wir sind jetzt am Limit“, sagte die Sozialsenatorin Melanie Schlotzhauer (SPD). Die Stadtgesellschaft habe Beeindruckendes bei Unterbringung und Integration geschafft und bewiesen, wie leistungsfähig und weltoffen Hamburg sei. „Um es einmal bildlich zu machen: Wir haben aktuell eine Stadt von der Einwohnerzahl Pinnebergs in Hamburg öffentlich-rechtlich untergebracht. Leider ist keine Entspannung absehbar, ganz im Gegenteil. Die Zugänge steigen noch, und wir beobachten mit Sorge, dass die Stimmung in der Stadt zunehmend kritischer wird.“ Bisher habe Hamburg Maßstäbe gesetzt. „Jetzt kommen wir aber an Grenzen, und wenn wir hier in Hamburg jetzt an Grenzen stoßen, dann sind wir in einer nationalen Notlage.“

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt Innensenator Andy Grote (SPD): „Nun häufen sich die Signale der Überforderung auf vielen Ebenen – nicht nur bei der Unterbringung, sondern auch in der Gesellschaft insgesamt. Viele, die immer sehr engagiert waren, sagen uns jetzt: Wir können nicht mehr.“ Die Integration so vieler Menschen sei eine Leistung, auf die Hamburg stolz sein könne. „Genau diese Erfolgsgeschichte dürfen wir aber nicht aufs Spiel setzen.“ Die Menschen erwarteten Steuerung. „Wenn wir den Bogen überspannen, verlieren wir die Akzeptanz.“

Besonders dramatisch ist die Lage an den Schulen. Bildungssenator Ties Rabe (SPD) verweist auf fehlende Lehrkräfte und Räume: „Im vergangenen Jahr haben wir 8000 Schüler zusätzlich aufgenommen.“ Rabe warnt: „Nun aber sind wir an einem Punkt angelangt, an dem wir ohne Qualitätseinschränkungen den Ansturm nicht mehr bewältigen können.“ Die Rahmenbedingungen würden schwieriger, sagte der SPD-Politiker. Immer mehr Schulbeteiligte seien „müde und durchgeschauert. Das macht mir Sorgen. Irgendwann muss man sagen: So geht es nicht weiter.“ Eine Konsequenz der Zuwanderung sei, dass in manchen

Schulen die Klassen womöglich auch über die vereinbarten Obergrenzen vergrößert werden müssen. Ausdrücklich begrüßt Innensenator Grote, dass nun auf EU-Ebene der Zuzug von Asylbewerbern begrenzt werden soll, und spricht von einem „echten Paradigmenwechsel: Zum ersten Mal hätten wir damit eine wirksame Steuerung und Verteilung der Flüchtlingsankünfte in Europa. Derzeit werden noch mit Abstand die meisten Asylanträge in Deutschland direkt gestellt. Das muss sich ändern.“

In Hamburg werde derzeit eine Änderung bei den Leistungen geprüft: Bis Ende Oktober soll feststehen, wie mittels einer sogenannten Sozialkarte Sach- statt Geldleistungen ausbezahlt werden.

Zugleich stellt sich die Stadt auf weitere Asylbewerber ein: Sämtliche 800 Flächen, die bereits für eine Unterbringung geprüft wurden, würden jetzt in einer dritten Runde noch einmal betrachtet. Die Stadt beschafft Zelte und prüft weitere Hotelunterbringungen. „Wir sind bis Jahresende auf weitere 2000 Menschen mit Unterbringungsbedarf vorbereitet“, sagt Grote. „Wir eröffnen ständig weitere Unterkünfte und bauen Plätze auf. Turnhallen bleiben aber das allerletzte Mittel.“

Seite 8 und 9 Das große Interview